

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint alle 14 Tage.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M. Post.  
Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Steglitz  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6  
Druck: Vorkwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareilzeile 40 Goldpfennig.  
Gratulationen d. Zelle 30 Goldpf. für Todesanzeigen d. Zelle 20 Goldpf.

## Internationaler Anti-Kriegstag am Sonntag, 21. September 1924

### Nie wieder Krieg!

Zum internationalen Kriegstag  
am 21. September 1924.

Von Victor Kalinowski

Nie wieder Krieg! Millionenstimmig dröhnen  
Soll diese Lösung durch die ganze Welt.  
Volk muß mit Volk sich brüderlich versöhnen,  
Damit vom Thron der grimmige Kriegsgott fällt.  
Kein Meer und keine Grenze darf uns trennen  
Im Drang zum Frieden und zur Menschlichkeit.  
Hell soll die Flamme der Erkenntnis brennen:  
Der Krieg gehört der alten Zeit!

Nie wieder Krieg! Wir wollen nicht zerstören  
Den Dom der Arbeit, den die Menschheit baut.  
Kein Trug, kein Casar kann ein Volk betören,  
Wenn es dem andern immerdar vertraut.  
Nie soll die Lüge falscher Patrioten  
Die Wahrheit meucheln, bis der Haß gewinnt.  
Betränzen wir die Gräber aller Toten,  
Die für ihr Volk gefallen sind.

Nie wieder Krieg! Wir wollen friedsam leben  
Und schaffend wirken für der Menschheit Wohl.  
Wir wollen sie ins Licht der Sonne heben,  
Damit sie Liebe sie zwischen Pol und Pol.  
Die Waffen nieder, die den Menschen morden,  
Der kaum des Lebens Sonnenstern erküht!  
Schreit ins Gesicht den Kriegsverbrecherorden:  
Ein Fluch — ein Peccat dem Krieg!

Nie wieder Krieg! Wir wollen emsig bauen  
Das Fundament zum Erdenüberflutet,  
Dann aufersteht verjüngt aus Nacht und Grauen,  
Was blinder Wahn an Menschenglied zertrat.  
Der neuen Menschheit blühende Geschlechter  
Bestimmen dann gemeinsam ihr Geschick  
Und jeder Bürger wird des Worts Verfechter:  
Die Welt ist meine Republik!

### Krieg dem Kriege!

Der Weltkrieg kostete Deutschland rund  
1 808 000 Tote und verursachte rund 1 537 000 Kriegs-  
verstümmelte. Für alle am Krieg beteiligten Staaten  
betrug die Zahl der Toten rund 11 Millionen, die  
Zahl der Kriegsverstümmelten rund 10 Millionen.

Ein Mitarbeiter der New Yorker „Tribune“  
schreibt:

„Wir wollen einmal die Toten von Groß-  
britannien, die der Weltkrieg forderte, auf der  
Fifth Avenue (eine der größten und breitesten  
Straßen New Yorks) an unseren geistigen Augen vor-  
überziehen lassen, das besagt mehr als Zahlen.“

Vor Tagesanbruch brechen sie auf, zwanzig in  
einer Reihe. Bis zum Sonnenuntergang wandern  
sie . . . und den nächsten Tag und den nächsten und  
den nächsten. Zehn Tage lang ziehen die bri-  
tischen Toten vorüber. Elf weitere Tage die  
französischen. Die Russen brauchen fünf  
Wochen. Zweieinhalb Monate würden erforderlich  
sein, damit die Toten, die der Weltkrieg von den Alli-  
ierten forderte, vorüberziehen würden. Die Toten der  
Zentralmächte gebrauchen mehr als sechs  
Wochen.

So ziehen die Toten des Krieges vier Mo-  
nate Tag für Tag, zwanzig in einer Reihe, die  
Fifth Avenue hinunter . . .“

In starren Knäueln, Haut an Haut,  
zerhackt, zerfehrt . . . wozu, warum?  
Die Sterne ziehen hoch herauf  
und glitzern kalt und bleiben stumm.

Ueber den nächsten Krieg schreibt im „New York  
Herald“ Edwin C. Hill:

„Der nächste Krieg wird sich in Todesstille ab-  
spielen. Durchbrochen nur von dem Wehnen und  
Stöhnen und Schreien Blinder und Verbrannter.  
Kriege der Vergangenheit waren Konflikte zwischen  
Artillerie und Ingenieuren. Plumpse Duelle mit plum-

pen Werkzeugen, nicht sehr verschieden von denen, die  
Napoleon, Grant und Wolfe benützten. Kriege der  
Zukunft werden heute noch unausdenkbar schauerliche  
Kämpfe sein, geführt von ältlichen Herren mit Augen-  
gläsern. Sie werden in Laboratorien sitzen und über  
Täler, Gebirge, Armeen, Flotten und große hilflose  
Städte, Miasmen des Todes austreten lassen; Gift-  
miasmen, die nicht nur den Körper zerstören, sondern  
den Geist zerfetzen durch Furcht und starre Angst vor  
dem Unbekannten. Miasmen von flüchtigem, töd-  
lichem Gift, das wie Regen aus den Wolken fällt. Wie  
ein Sumpffieber breitet über weite Ebenen Gift sich  
aus, das in der Höhe mittels Luftdruck zur Ent-  
ladung gebracht wird, vollständig geräuschlos, und es  
wird zum Meister der Welt.“

Frauen! Mütter! Menschen! Wollt ihr einen  
neuen Krieg? Wollt ihr, daß bereinst der Zug der  
Gemordeten Jahre dauere?

Wollt ihr keinen Krieg mehr, dann kämpft gegen  
den Krieg, kämpft gegen den Militarismus!

Demonstriert am 21. September gegen den Krieg.

### Volksabstimmung über den Acht- stundentag.

Im März d. J. beauftragte der Bundesausschuß  
eine Kommission, alle Fragen zu prüfen, die mit der  
Herbeiführung eines Volksentscheids über den Acht-  
stundentag im Zusammenhang stehen. Die Kommission  
gliederte ihre Arbeit in zwei Teile; es galt einmal,  
 Klarheit zu bekommen, welcher Art und Form die der  
Abstimmung zu unterbreitende Forderung sein müsse.  
Zweitens waren die organisatorischen und finanziellen  
Maßnahmen, die zur Durchführung einer Volksbewe-  
gung in dem notwendigen riesenhaften Ausmaß er-  
forderlich sind, zu beraten.

Was die erste Frage betraf, so kam die Kom-  
mission nach Anhören juristischer Sachverständiger zu  
dem Ergebnis, daß nur ein knapp formulierter Geset-  
zentwurf, der den Grundgedanken des achtstündigen Arbeits-  
tages bzw. der 48-Stunden-Woche enthält, als Ab-  
stimmungsgrundlage in Frage käme. Da die Frage  
der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens  
bereits sowieso die Öffentlichkeit beschäftigt, soll das  
zu beantragende Gesetz diese Ratifizierung ausprechen.  
Die Reichsregierung wäre auf Grund einer solchen  
Volksentscheidung dann verpflichtet, ein Arbeitszeit-  
gesetz auszuarbeiten, das in Übereinstimmung mit  
dem Washingtoner Abkommen steht; auch der Reichs-  
tag müßte dann bei seinen Entscheidungen im Rahmen  
dieses Abkommens verbleiben. Alle Beteiligten waren  
sich klar darüber, daß auch das Washingtoner Ab-  
kommen keine ideale Lösung der Arbeitszeitfrage ist,  
wobei die in Handel, Landwirtschaft und Behörden, nicht  
betroffen. Man war aber allgemein der Auffassung,  
daß die Durchführung der internationalen Abmachun-  
gen, besonders wenn sie auf das Ergebnis einer Volks-  
abstimmung zurückzuführen wäre, auf die Arbeitszeit  
der nicht einbezogenen Berufsgruppen günstigen Ein-  
fluß ausüben würde.

Der Volksentscheid ist ein in Deutschland bisher  
noch nicht angewandtes Mittel der politischen Willens-  
äußerung des Volkes. Wenn die Gewerkschaften es ge-  
brauchen wollen, so müssen sie über den Ausgang der  
Aktion vorher Gewißheit haben, und diese ist nur ge-  
geben, wenn die gesamte Arbeitnehmererschaft eine ge-  
schlossene Kampfreihe bildet. Es müssen Arbeiter, An-  
gestellte und Beamte einträchtig für das Kampfziel  
eintreten. Die vorbereitende Kommission war deshalb  
von vornherein der Auffassung, daß die Durchführung  
einer solchen Volksbewegung eine rein gewerkschaftliche  
Angelegenheit sei; die frei bleiben müsse von partei-  
politischen Einflüssen. Dabei ist trotzdem als selbstver-  
ständlich vorausgesetzt worden, daß die dem Arbeit-  
nehmerstandpunkt in der Frage der Arbeitszeit nahe-

stehende Tagespresse den Propagandafeldzug unter-  
stützen müsse.

Um die Einheitsfront unter den Gewerkschaften  
herzustellen, sind zunächst die vorbereitenden Bera-  
tungen in Gemeinschaft mit den Vertretern des IFA-  
Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamten-  
bundes gepflogen worden, die Übereinstimmung er-  
gaben. Dann wurden der Deutsche Gewerkschaftsbund,  
der Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring  
ersucht, zu den Dingen Stellung zu nehmen. Alle drei  
Organisationen äußerten ihre grundsätzliche Bereit-  
willigkeit, sich an einer solchen Volksbewegung für den  
Achtstundentag zu beteiligen, wenn auch die öffentliche  
Erklärung der christlichen Gewerkschaften ihre Beteili-  
gung an sozial Voransetzungen knüpft, daß hiernach  
die ganze Aktion auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben  
werden müßte. Die anderen Spitzenverbände haben  
sich trotzdem entschlossen, schon jetzt an die vorbereiten-  
den Maßnahmen zur Durchführung eines Volksent-  
scheids heranzugehen und zu diesem Zweck einen Ar-  
beitsauschuß eingeseht, der aus je einem Vertreter  
der beteiligten Spitzenverbände besteht. Sozial ist jetzt  
schon erkennbar, daß die erfolgreiche Durchführung der  
Volksabstimmung hohe Anforderungen an die Opfer-  
willigkeit der breiten Arbeitnehmermassen stellt. Es  
wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß mehrere Mil-  
lionen Markt nötig sein werden, um bis in die ent-  
ferntesten Winkel des Reichs mit der Aufklärungsarbeit  
zu gelangen. Die Organisationen wurden deshalb von  
der letzten Bundesausschuhssitzung aufgefordert, sich  
bereit zu erklären, einen Sonderbeitrag von 50 Pf.  
von ihren Mitgliedern zu erheben.

Während diese organisatorischen und finanziellen  
Dinge ihren Weg gehen, wird gleichzeitig jede Mög-  
lichkeit benutzt, um die Frage des Achtstundentages zu  
einer Entscheidung durch die gesetzgebenden Körper-  
schaften zu bringen. Beim nächsten Zusammentritt  
des Reichstags werden Anfragen verschiedener Par-  
teien an die Regierung zur Behandlung kommen, die  
Auskunft fordern über die Stellung der Regierung  
zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Die  
Gewerkschaftsführer im Reichstag werden viele Ge-  
legenheit benutzen, um von der Regierung eindeutige  
Erklärungen zu verlangen. In einer Besprechung mit  
den Vertretern der Spitzenverbände hat der Arbeits-  
minister Brauns bereits erklärt, daß die Regierung  
bereit sei, die Anfragen klar zu beantworten. Von dem  
Ausfall dieser Antwort dürfte es abhängen, was von  
unserer Seite weiter zu geschehen hat. Die Regierung  
und auch der Reichstag werden gut daran tun, sich zu  
vergegenwärtigen, daß die deutschen Arbeitnehmer eine  
positive Erklärung, die Bereitwilligkeit zur Ratifi-  
zierung des Abkommens über den Achtstundentag er-  
warten.

Regierung und Reichstag sollen sich aber auch klar  
darüber sein, daß ihre eventuelle ablehnende Haltung  
keine Erledigung der Arbeitszeitfrage ist.

Das Mittel des Volksentscheids wird seit Monaten  
in allen Gewerkschaftskreisen diskutiert. Immer mehr  
verdichtet sich die Auffassung dahin, daß es möglich sein  
wird, eine große Mehrheit des Volkes für eine grund-  
sätzliche Erklärung für den Achtstundentag zu gewinnen.  
Verlagen Regierung und Reichstag, was auf Grund  
der Zusammenlegung des Reichstags nicht unwahr-  
scheinlich ist, so bleibt den Gewerkschaften als letztes  
Mittel nur der Weg, direkt an alle Volksgenossen zu  
appellieren. Der dann sich ergebende Propaganda-  
feldzug wird von bisher kaum gekanntem Ausmaß sein  
müssen und auch sein; er wird zweifellos eine Auf-  
rüttelung aller sonst gewerkschaftlichen und politischen  
Fragen teilnahmslos gegenüberstehender Arbeitnehmer  
bringen. Vom reinen Organisationsstandpunkt aus be-  
trachtet, könnten die Gewerkschaften es also nur be-  
grüßen, wenn es zu einer so gewaltigen Volksbewegung  
durch das Versagen der Regierung und Reichstag  
kommt. Wir haben jedoch seit jeher bewiesen, daß uns  
die sachliche Arbeit höher als die Agitation steht, und  
erwarten deshalb noch, trotz der ungünstigen Anzeichen,

Das die gesetzgebenden Körperschaften genügend Ein- sicht für das Verlangen der Arbeitnehmerschaft auf- bringen werden. Eine Brückierung ihrer Forderungen wird eine geschlossene Front aller Arbeitnehmer vor- finden, die durch das Mittel der Volksabstimmung ihrem Willen Geltung verschaffen wird.

Inzwischen sind nun die Arbeitsminister von Deutschland, Frankreich, Belgien und Großbritannien in Bern zusammengetreten, um über die Annahme und Durchführung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag zu beraten. Man ist sich wohl einig geworden, den betreffenden Regierungen die Re- zifikation des Washingtoner Übereinkommens zu empfehlen, doch nach den Berichten der Presse wurde Deutschland, dessen Arbeitsminister mit einer Reihe Einwände zur Konferenz gegangen ist, auch eine Reihe von Zusicherungen gegeben, die jedenfalls Ausnahmen bedeuten. Demnach ist es immer noch mehr als wahr- scheinlich, daß die Volksabstimmung über den Ach- tstundentag stattfinden muß.

### Auf dem Wege zur Geschlossenheit.

Die zunehmende Konzentration des Kapitals hat längst auch im „Bund deutscher Brauer und verwandter Berufe“, kurz „Bund“ genannt, die Erkenntnis geweckt und verbreitet, daß gegenüber den konzentrierten Kräften des Unternehmertums es notwendig ist, auch die Kräfte der Lohnarbeiter aufs engste zusammenzuschließen. Ein Zusammenschluß der beiden Verbände war in Vorbereitung und Vorber- eitung, verzögerte sich aber durch unbekannte Einflüsse. In der Erkenntnis, daß weiteres Zögern nicht im In- teresse der Kollegen und der gesamten Arbeiterchaft liegt, hat nun der Bundesverein Leipzig in einer außerordentlichen Generalversammlung am 13. September gegen drei Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die am 13. September 1924 in Ulrichs Bier- palast tagende außerordentliche Generalversammlung des Brauereiverbands Leipzig, Mitglied des Bundes deutscher Brauer und verwandter Berufe, beschließt, ab 1. Oktober 1924 seinen Uebertritt zum Ortsverein Leipzig des Verbandes der Lebensmittel- und Ge- tränkearbeiter mit allen Aktiven und Passiven zu den bereits vereinbarten Bedingungen.“

Zwei Kollegen vom Bundesverein wurden zugleich zum Vorstand der zusammengeschlossenen Organisation ernannt.

Damit ist der Weg zur Geschlossenheit freigemacht und beschritten. Der Bundesverein Leipzig hat inner- halb des Bundes insofern eine besondere Bedeutung, als Leipzig die Wiege des Bundes ist. Wenn dieser Verein jetzt dem von den Kollegen ertantenen Gebot der Notwendigkeit Rechnung trägt, dann wirkt das auch im günstigsten Sinne auf die übrigen Vereine, die dem löblichen Beispiel Leipzigs hoffentlich bald nachfolgen. Damit nützen diese Kollegen der gesamten Brauereiarbeiterchaft und sich selbst.

Die Kollegen vom Bundesverein Leipzig, die ihren Kollegen dieses gute Beispiel wirtschaftlicher Erkennt- nis und Notwendigkeit gegeben haben, begründen wir in unseren Reihen aufs herzlichste, sie haben sich um die Sorge der organisatorischen Geschlossenheit der Brauereiarbeiter ein weit über diese Zeit hinaus schät- zbares Verdienst erworben.

### Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer- Interesse.

Von Professor Dr. Julius Hirsch.

IV.

Zu 4. Darauf zu achten, haben die Lohn- und Gehalts- empfangen in Deutschland aber besonderen Anlaß. Nicht nur deshalb, weil sie schließlich in der ganzen Welt der Inflation neben den Rentenempfängern und Papiermarkbesitzern fast die einzigen Träger aller Lasten aus Reparationsverpflichtung und Nichterfüllung und aller sonstigen Staatslasten gewesen sind, sondern weil auch die Lastenverteilung, die das Gut- achten unwehrlieh vorseht, sie wieder zu Hauptträ- gern der Belastung macht. Im Sommer 1921 hatte Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt vorgeschlagen, durch eine Sachwertbelastung sowohl die Reparationslast auf den einschuldeten Sachwertbesitz zu übernehmen, wie auch die Währung auf gleichem Wege vor weiteren Stürzen zu bewahren. Damals hätte also der Besitz die Reparationslast zu tragen und damit einen Ausgleich gegenüber der schweren Belastung gewährt, welche die breiten Massen bis dahin durch Selbstwertung bereits erlitten haben. Das wurde aber unter unheilvoller Agitation abge- lehnt. Inzwischen hat auch die Cuno-Regierung im Juni 1923 der Entente an, die Lasten so zu verteilen, daß ein Drittel durch eine Sachwertbelastung von Industrie und Landwirtschaft, ein Drittel durch eine Last auf die Eisen- bahnen und ein Drittel durch eine Belastung des Verbrauchs getragen werden sollte. Die jetzige Lastenverteilung sieht aber so aus: Es tragen von der Last im Normaljahr

die Eisenbahnlasten und Eisenbahnsteuern rund 40 v. H., Sachwertbelastung der Industrie 12 v. H., Verbrauchssteuern, Zölle und Tabakmonopol 48 v. H., zusammen 100 v. H.

Aus all dem heute die Belastung der Eisenbahn auch nichts anderes als eine Verbrauchs- steuert. Zwar besagt das Gutachten, daß Deutschland ja schließlich durch die Inflation auch seine Eisenbahnschuld ver- loren habe. In Wirklichkeit war diese aber vor dem Welt-

triege niemals belanglos, obwohl die Eigenart der deutschen Volkswirtschaft, die auf engem Territorium eine schnell wachsende Bevölkerungsmasse ernähren mußte, zu dauerndem Ausbau führte. So haben wir in der Tat unsere Bahn aus- gebaut und doch billige Tarife gehalten, indem wir eben auf eine glänzende Verzinsung des in den Bahnen liegenden Kapitals, soweit es dem Gemeinwohl nützlich im Staatsvertrieb ab- gebracht werden konnte, Wert setzten. Nun sollen wir eine noch große Verzinsung aufbringen, weil mehr als die um benachbarten Staaten, denn der Goldwert sinkt, Eisenbahnen wurde wohl bedeutend zu hoch eingeschätzt. Es ist dabei nicht berücksichtigt, daß aus unserem Eisenbahn- system die wertvollen Zubringerstrecken der abgetretenen Pro- vinzen herausgerissen sind, der Goldwert des ganzen Eisen- bahnumnehmens deshalb viel tiefer als einst liegt. Fol- gend werden wir, und die Eisenbahnsachverständigen haben das auch recht deutlich, kräftig gesteigerte Eisenbahnfrachten haben, und da die Frachten nun einmal zu den Selbstkosten gehören, eine Tendenz zu verhältnismäßig hohen Preisen infolge dieser Preissteigerung der Eisenbahnen. Tatsächlich trägt also sehr wahrscheinlich von den ganzen Lasten der Be- sitz in Handel und Industrie noch nicht ein Viertel, und die übrigen haben nicht selten praktisch vollständig auf die Verbraucher, insbesondere auf die breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dieses Mißverhältnis übersehen auch die Verfasser des Dawes-Berichtes nicht. Sie glauben aber offenbar, die Sicherung der inneren Ausbringung der Repa- rationen dadurch schaffen zu sollen, daß sie dem alten Brauch auf Verpfändung von Staatseinnahmen folgten, also eben Eisenbahnen, Zölle und Verbrauchssteuern hauptsächlich als Pfand nahmen. Doch weisen sie in ihren Darstellungen ganz ausdrücklich darauf hin, daß die von ihnen verlangten Ein- nahmenpfeiler ja nur einen Teil der deutschen Staatslasten darstellen und daß gegenüber dieser Belastung des Ver- brauchs Deutschland bei den Steuern für seine sonstigen Aus- gaben einen Ausgleich auch finden möge, einmal durch Ver- besserung seiner volkswirtschaftlichen Or- ganisation, zum andern aber auch in einer teilwei- sen Entlastung des Verbrauchs und in einer stär- keren Belastung des Besitzes und der hohen Einkommen.

Das Gutachten schlägt insbesondere ein Tabakmonop- ol vor. Dieses Monopol ist so gedacht, daß die Fabrikation verhältnismäßig wenig beeinträchtigt wird, daß aber der Zwischenhandel, der heute ungeheuerlich große Unkosten ver- ursacht und in dem die Betriebe auf Kosten der Verbraucher sich in überaus ungesunder Zahl vermehrt haben, mit nie- drigeren Zuschlägen arbeiten sollen. Der Zwischenhandel und Kleinhandel, die heute auf ihre Einkaufspreise 50 und 60 v. H. und gelegentlich mehr im ganzen aufschlägen müssen, weil eben eine Unzahl kleiner Läden mit ganz kleinem Umsatz doch eine Existenz finden wollen, soll mit kleineren Sätzen auskommen, mit 12 bis 15 v. H., so wie das auch in einer großen Zahl von Ländern längst der Fall ist, in Frankreich und Italien, in Oesterreich mit all seinen Nach- folgestaaten, in Schweden und mehrfach anderswo. Die so erzielte Ersparnis im Preise soll dem Staate zufallen und wird nach der m. E. nicht übersehen Berechnung der Sach- verständigen eine Einnahme von rund 880 Millionen Gold- mark im Jahre ergeben. Hier handelt es sich um eine Aus- schaltung volkswirtschaftlich nicht notwendiger Zwischenglie- der zugunsten der Staatseinnahmen. Es verläutet, daß an einigen Regierungsstellen man auf diesen Gedanken nicht eingehen, sondern lieber die Steuer noch höher schrauben wolle. Dies würde ein bedauerliches Versehen der an sich durchaus richtigen Absichten des Dawes-Komitees sein, ein Versuch, einen Punkt dieses Berichtes nicht durchzuführen, der den wirklichen Interessen der deutschen Volkswirtschaft zuwider und höchstens zugunsten einer kleinen, allerdings manchmal auffallend mächtigen Gruppe von Interessenten wirken würde. Die deutsche Volksgemeinschaft scheint mir an solchen Versuchen gar kein Interesse zu haben, sondern um- gekehrt: Schon Bismarck hat einmal erklärt, daß ein ver- lorener Krieg nur durch Staatsmonopole finanziert werden könne. Das aber erst recht, wenn eine Unzahl sachlich über- flüssiger Zwischenglieder sich in die Verteilung, den Handel mit Genußmitteln eingeschoben hat. Dies ist bei uns in größtem Maßstabe der Fall. Und wenn man außer dem Tabakmonopol noch ein solches für den Handel mit anderen nicht unbedingt notwendigen Genußmitteln einführen würde, so würden die Staatsausgaben durch eine Vereinfachung und Verbesserung der volkswirtschaftlichen Organisation gedeckt werden. Das liegt aber durchaus im Sinne des wirklichen volkswirtschaftlichen Interesses im allgemeinen, demjenigen der deutschen Arbeitnehmer im besonderen.

Im übrigen verlangen die Sachverständigen des Dawes- Komitees eine Herabsetzung der Umsatzsteuer. Diese verteuert die Waren um mindestens 10 v. H., ohne daß doch der Staat diese Beträge wirklich einnimmt. Sie ist eine der wesentlichen Ursachen unserer gegenwärtigen Ueberwelt- marktpreise und wird unbedingt abgebaut werden müssen. Dann aber verweist das Gutachten auf drei Einkommen- quellen, die Deutschland nicht in genügender Weise ausgenutzt habe, nämlich auf die Erbschaftsteuer, deren Sätze nach ihrer Meinung hinter denjenigen der Ententestaaten beträchtlich zurückbleiben, ferner auf die Besteuerung der hohen Einkommen, bei denen sie in klassischer Weise nachweisen, daß die theoretisch hohen Sätze in Wirk- lichkeit praktisch noch nicht zur Hälfte eingebracht sind, und endlich verweisen die Sachverständigen auf die Möglichkeit, daß Deutschland auch eine Sachwertbelastung der Landwirtschaft durchführe. Man hat ein wenig den Eindruck, daß die Sachverständigen sich gewissermaßen ent- schuldigend, weil sie die von der Regierung Cuno ihnen direkt angebotenen 300 Millionen Goldmark jährlich aus Sach- wertbelastung der Landwirtschaft nicht angenommen haben. Sie erklären, daß sie bei der augenblicklichen schwierigen Lage der Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Volksernährung von solcher Last abgesehen hätten, daß aber Deutschland (offen- bar bei Wiedereintritt normaler Umstände) eine solche Sach- wertbelastung sehr wohl durchführen könne. Und endlich verweisen sie auch auf die Möglichkeit einer viel stärkeren Besteuerung der Inflationsgewinne, als Deutschland sie bisher versucht hat.

### 4. Praktische Folgerungen aus der Kritik.

Alle diese Hinweise der Sachverständigen sind erfreulich und besonders auch der Hinweis, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter diejenige der Ententestaaten

sinken dürfe. Aber leider sind die meisten Punkte gerade keine zwingenden Vorurteile des Gutachtens, und zwischen den Zeilen verweisen sie eben die Lösung dieser Frage letztlich und endlich auf die Machtverhältnisse innerhalb Deutschlands selbst. Der Dawes-Bericht schafft einen Zustand, der unter allen Umständen besser für die Volkswirt- schaft und besser für die breiten Massen ist als derjenige der Inflation und als der gegenwärtige des Micum-Systems. Aber keineswegs ist dieser Zustand so, daß man in ihm eine gewisse Verbilligung der Lasten aus dem verlassenen Kriege erblicken kann, sondern was er zunächst schafft, ist eine Lasten- auflegung großen Stils auf die breiten Massen und den Hinweis an diese, um diese Lastenauflegung nun im frei- gebliebenen Gebiet, nämlich bei der inneren Staatslast, zu kämpfen. Dieser Kampf wird zu führen sein etwa unter fol- genden Gesichtspunkten:

1. Das Interesse der breiten Volksmassen erfordert nach Annahme des Dawes-Berichtes eine schleunigste und nach- drücklichste Herabsetzung auf Abtragung der Kriegs- schuld durch Kapitalisierung und schleunigste Freigabe, sowohl des besetzten Landes wie der Pfänder, insbesondere derjenigen, die eine Belastung des Verbrauchs darstellen.

2. Inzwischen müssen sich die deutschen Volksmassen bei ihrem Kampf um eine erträgliche Gestaltung ihrer Lebensbedingungen auf die allgemeine Tendenz des Gutachtens stützen, das ausdrücklich den Lebens- standard der deutschen arbeitenden Massen — und damit offenbar auch Arbeitszeit und Arbeitslohn nicht unter den allgemeinen Standard der Ententestaaten gesenkt sehen will.

3. Die Lasten, die das Gutachten auferlegt, treffen zu sieben Teilen den Verbrauch und nur zu ein Viertel den Besitz. Um so mehr muß die innere Staatslast einen Ausgleich für den Verbrauch bieten und durch eine stärkere Heranziehung des Besitzes getragen wer- den. Dieses Finanzprogramm muß zugleich so gestaltet sein, daß es die Erregung der Lasten nicht durch schwere Belastung der deutschen Arbeitskraft und des Verbrauchs, sondern durch hohe Organisation der deutschen Volkswirtschaft herbeiführt. In diesem Sinne würde das Finanzprogramm in äußeren Umrissen etwa so aussehen müssen:

- a) Schnellste Herabsetzung der Umsatz- steuer auf höchstens 1/2 v. H. binnen Jahresfrist;
- b) Stärkste Heranziehung des Besitzes durch weitgehenden Ausbau der Erbschaftsteuer. Wirkliche Auf- wertung zugunsten der öffentlichen Hand und nicht Schein- aufwertung zugunsten einer kleinen zufälligen Gruppe ein- zelner Geschädigter. Dies allein ermdlich!
- c) Ueberwindung der Reparationslast durch weitgehende Sachwertfassung und Sachwertbelastung in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankwesen.
- d) Einschränkung von Monopolen unter Aus- schaltung der überflüssigen, in der Inflationszeit eingestiegenen Handelsbetriebe auf Tabak, Alkohol und zugehörigen Neben- arten (Streichhölzer usw.).

4. Wichtigster Punkt: Steigerung des Ertrags der nationalen Arbeit durch höhere Organisation in der Volkswirtschaft, etwa unter folgenden Gesichtspunkten:

- a) Landwirtschaftsförderung nicht durch Schutzzölle und Verbrauchsbelastung, sondern durch reichliche Zu- führung billiger Betriebsstoffe, insbe- sondere Düngemittel, nach den Vorschlägen des Mi- nisterpräsidenten Braun.
- b) Beseitigung der verteuerten übermäßig zahlreich ein- geschalteten Handelsbetriebe durch bewußte Förderung der profitlosen Warenvermittlung, insbeson- dere der Genossenschaften.
- c) Steigerung des Ertrages unseres Außenhandels durch weitgehende Handelsverträge, die nicht durch Ab- schließung, sondern auf immer weitergehende internationale Arbeitsteilung abzielen.
- d) Durch Begünstigung der inländischen Ersparnis, die allein den für eine höhere Organisation der Volkswirtschaft erforderlichen Kapitalbetrag schaffen kann und Betelli- gung auch bescheidenen Späres an dem Ertrage dieser Kapitalbildung durch hohen Zins bei Sparkassen und allen öffentlichen Kreditanstalten für Einlagen.

Die Last des Dawes-Berichtes ist kleiner als diejenige des unglückseligen Micum-Systems. Sie bleibt immer noch weit größer, als sie je einem Volke in der Weltgeschichte auferlegt worden ist. Sie wird nur dann abgetragen werden können, wenn wir durch höchste Organisation unserer volkswirtschaft- lichen Kräfte den größten Nutzeffekt aus unserer Wirtschaft und unterer Arbeit herausziehen können. Wird dieser Nut- zeffekt nicht durch Druck und Verleumdung, sondern durch Ver- besserung des gesamten wirtschaftlichen Apparats unseres Volkes erzielt, so wird trotz allem eine Besserung unserer Lage und eine berechnete Hoffnung auf eine weit bessere Zu- kunft das Ergebnis sein können. Aber nicht bei fatalistischem An- und Hinnehmen, sondern bei bewußtem Erkennen der Ziele und energischer Anwendung der Mittel.

### Weltwirtschaftliche Rundschau.

Die Weltwirtschaft blieb in den Monaten Juli-August weiter im Zeichen der Depression. Die politischen Er- eignisse der abgelaufenen Zeit spielten in den Verlauf des Wirtschaftslebens eher mittelbar, in Form von Erwartungen und Vorbereitungen, herein als unmittelbar. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz dürften freilich das Wirtschafts- leben der Völker eingehend beeinflussen und enthalten neben den politischen und sozialen auch schwere wirtschaft- liche Probleme. Deutschland soll durch Anleihe und Privat- kredite auf die Beine geholfen werden, damit es später aus Exportüberschüssen seine große Reparationsschuld begleichen kann. Wer wird aber die deutschen Waren kaufen? Das Finanzkapital der Vereinten Staaten gibt seine brachliegenden Kapitalien — gegen gute Verzinsung und Sicherheiten — gern her, ja es ist froh, seine Lieberhülle los zu werden. Die amerikanische Landwirtschaft und In- dustrie begrüßen die Lösung, indem sie davon die Erhöhung der Verbrauchsfähigkeit Europas erhoffen. Sie möchten mehr als in den letzten Jahren an Europa verkaufen. Europäische, insbesondere deutsche Produkte möchten sie aber nicht kaufen und halten an der starken Hochkuz- zopolitik fest. Präsident Coolidge erklärte vor kurzem, an dieser Richtung der Wirtschaftspolitik nichts än-

bern zu wollen. Hier schon liegt ein Widerspruch vor, der Europa noch manche harte Prüfung auferlegen wird. Frankreich, früher ein großer Abnehmer deutscher Fertigprodukte, ist selbst zu einem wichtigen Industrieland geworden und statt Eisen und Stahl in großem Maßstab einzuführen, bringt es auf die Ausfuhr dieser Produkte. Auf der Londoner Konferenz machte sich die französische Delegation geltend, die militärische Räumung des Ruhrgebietes als Erpressungsmittel zu gebrauchen und dies für einen günstigen Handelsvertrag einzutauschen. Die schwerindustriellen Louchergroups war hierfür in London tätig. Der Versuch wurde abgewehrt. Nichtsdestoweniger werden in der ganzen Welt die wirtschaftspolitischen Waffen geschmiedet. In Ostpreußen werden überall Errichtete, bestehende erhöht. Der deutsche Reichsrat hat die Zollvorlage bereits angenommen und es ist zu befürchten, daß das Parlament ihr ebenfalls zustimmen wird. Hier sollen die verbleibenden Getreidezölle die ohne Berechtigung das Brot verteuern werden, eingeführt, aber auch das Recht der Regierung zur beliebigen Erhöhung der Industriezölle bis zu einer Höhe, die früher noch nie erreicht wurde, zugestanden werden. England wird von den deutschen Waren Reparationszölle — statt 5 Proz. künftighin wider 20 Proz. — erheben. Die deutsche Regierung wird zwar den deutschen Exporteuren den Zoll vergüten, weshalb die Schutzwirkungen nicht eintreten dürften, trotzdem liegt diese Maßnahme abwärts vom Wege des Freihandels. Japan hat, um die Passivität seiner Handelsbilanz zu vermindern, eine Anzahl von Waren — zum Teil Luxuswaren — mit 100prozentigen Zöllen belegt, was einem Einfuhrverbot gleichkommt. Die südafrikanische Regierung kündigt eine höchstschutzmäßige Zolltarifvorlage an. Selbst das bisher ziemlich freihändlerische Holland schreitet zur Erhöhung seiner Zölle (von 5 Proz. auf 8 Proz.). Das neue polnische Zollgesetz ist vor kurzem in Kraft getreten. Wiber Erwarten gelangte es sich durch auffallende Mäßigkeit aus; die weitgehenden Zollwünsche der Schwerindustrie wurden nicht befriedigt.

Die hohen Schutzzölle sollen bei dem Abschluß von Handelsverträgen als Waffe gebraucht werden; nur gegen Zugeständnisse der anderen Seite sollen sie ermäßigt werden. (Auf dieser Grundlage ist z. B. vor kurzem der deutschspanische Handelsvertrag zustande gekommen. Beide Teile gewährten gegenseitige Ermäßigungen — Deutschland, dem an der Aufhebung der spanischen Dumpingzölle gegen deutsche Waren und der Erhöhung des spanischen Absatzmarktes lag, mußte größere Zugeständnisse gewähren als Spanien. Die spanischen Weine werden mit sehr geringen Zöllen belegt hereingebracht werden.) Indessen sind diese „Waffen“ in der Wirklichkeit oft ohne Kraft — der Gegenpartner stellt sich im Vorhinein darauf ein und nimmt ihre Spitze — es bleibt aus den Schutzzöllen in der Regel nur eine Verteuerung des Verbrauchs, verteuerte Produktion und die Erschwerung des Ausfuhrhandels.

Die anhaltende Depression der Weltwirtschaft kommt durch die Verbreiterung des Kreises der Krisenländer und den weiteren Rückgang der Produktion und des Außenhandels zum Ausdruck.

Mit unverminderter Wucht dauert die deutsche Wirtschaftskrise an. Die Zeichen einer Besserung haben sich noch nicht angekündigt. Die schweren Krisenerscheinungen: bedrohliche Passivität des Außenhandels, Rückgang des inneren Verbrauchs, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit dauern an — die Krisenursachen: Geldmangel und hohe Preislage, bedingt durch hohe Zinssätze, Frachtraten und Umsatzsteuern, sind noch nicht behoben. In den Ländern, wo Wirtschaftskrise herrscht, ist neuerdings Frankreich hinzugegetreten. Die Krise begann dort als eine Finanzkrise des Wiederaufbaus — für Wiederaufbauzwecke waren keine Mittel mehr zu haben —, pflanzte sich aber auf die Schwerindustrie fort. Seit Januar gab es dort in den Monaten Juni—Juli zum erstenmal wieder einen Einfuhrüberschuß, der sich überdies nicht aus Roh- und Halbfabrikaten, sondern aus Verbrauchsgütern ergab. Die Kohlen- und Stahlerzeugung ging ebenfalls zurück. Indem aber der Rückschlag im Juli leichter war als im Juni, ist das Weitergreifen der Krise nicht sicher. In den Vereinigten Staaten dauert die Krise weiter an. Die Erhöhung der Getreidepreise soll den Farmern mehrere Milliarden Mehreinnahmen sichern, davon erwartet man dort die Belebung der Konjunktur. Einstweilen werden die Betriebe eingeschränkt, Arbeiter entlassen und Kurzarbeit eingeführt. Die Stahl- und Eisenzeugung soll trotzdem wieder 60 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit (Juni 50 Proz.) erreicht haben. Auch die dänischen und ungarischen Krisen, wie auch die des Saargebietes haben von ihrer Schärfe nichts nachgelassen. In Polen hat die Stabilisierung- und Preiskrise die Schwerindustrie vollständig lahmgelegt. Um ihre Lage zu verbessern, schritt die Schwerindustrie zu Lohnherabsetzungen und verlängerter Arbeitszeit, die den Arbeitern auch seitens der Regierung aufgezwungen wurden. So hat man in Oberschlesien einen Generalstreik heraufbeschworen, der die Lahmlegung der wirtschaftlichen Betätigung vollständig machte. Die österreichische Industriekrise scheint, dank der Sommerzeit und der weitbildenden Industriepolitik der Gemeinde Wien, etwas abgeflaut zu haben. Die Opfer der Finanzkrise, tausende entlassene Angestellte, können in der Wirtschaft freilich noch nicht untergebracht werden. Auch zeigt die zunehmende Passivität der Handelsbilanz — im letzten Monat wurde doppelt so viel ein- als ausgeführt — den ungelunden Zustand dieses Wirtschaftskörpers.

Einige Länder, insbesondere Holland und die Schweiz, konnten sich einer befriedigenden Konjunktur erfreuen. Seit der Stabilisierung der Marktverhältnisse diese Länder wieder viel an Deutschland. Die holländische Handelsbilanz hat sich in der letzten Zeit wesentlich verbessert. Die Wertverhöhung des Schweizer Franken und des englischen Pfundes, gegenüber dem Dollar, soll als Zeichen der Gesundung dieser Volkswirtschaften erwähnt werden. Amerika mag diese Entwicklung willkommen sein, da hierdurch die Verbrauchsfähigkeit dieser Länder für amerikanische Produkte gesteigert wird.

Die Preisentwicklung stand im Zeichen der Erhöhung der Lebensmittel- und Rohstoffpreise. Die Welt-

marktpreise für Getreide sind immer noch im Steigen begriffen und haben die Friedensparität beinahe erreicht. Die Erhöhung der Weltmarktpreise war weniger das Ergebnis einer schlechten Ernte — diese war ja nur in Europa wirklich schlecht, in den Vereinigten Staaten und Kanada aber viel besser, als die beeinflussten Schätzungen es verkündeten —, als der Spekulation. Wichtige Getreideerträge sind entfallen — neben den Getreideernteausfällen nehmen aus politischen Gründen auch die amerikanischen Großbanken daran teil. So wird das Brot verteuert und zu diesem Zeitpunkt steigender Getreidepreise wird in Deutschland und in Österreich noch eine weitere Preiserhöhung durch Getreidezölle beabsichtigt!

**Soziale Rundschau.**

In der Spitze der Forderungen der in letzter Zeit tagenden internationalen Kongresse stand der Achtstundentag. Der einmütige Wille, diese Errungenschaft der Arbeiterbewegung nicht preiszugeben, kam in den Resolutionen zum Ausdruck; die gegenseitige Hilfeleistung zu diesem Zweck wurde verbürgt. Ueber den Stand der Arbeitszeitfrage haben die Vertreter der verschiedenen Länder berichtet. Die Verlängerung der Arbeitszeit in Polnisch-Oberschlesien auf 10 Stunden im Tag, wo dies nach einem erfolglosen Generalstreik in die Huttenindustrie (vorerst auf drei Monate) eingeführt wurde. Vertreter Frankreichs und Italiens beklagten sich darüber, daß der Achtstundentag in ihren Ländern nicht bzw. nicht überall durchgeführt wird. Das französische Gesetz über den Achtstundentag wird durch besondere Verordnungen in den einzelnen Industriezweigen eingeführt; für eine Anzahl von Industrien fehlen die betreffenden Verordnungen immer noch. In Italien aber ist das Gesetz über den Achtstundentag nur ein Schein, die Ausnahmeregelungen überwiegen und haben den früheren Zustand, wo wirklich nur acht Stunden gearbeitet wurde, sehr erheblich verschlechtert. Auch beklagten sich die holländischen Gewerkschaften über die Verschlechterung der Arbeitszeitbedingungen in ihrem Land. Sowohl für Holland wie insbesondere für eine Anzahl osteuropäischer Staaten, wo bereits Gesetze über den Achtstundentag vorhanden sind, gilt es aber, daß der Achtstundentag nur dort wirklich angewendet wird, wo starke Gewerkschaften seine Anwendung erzwingen. Sonst bleibt auch das Gesetz, wie für Jugoslawien und für einen Teil Rumaniens, auf dem Papier. — Auch Länder, in welchen der Achtstundentag durchgeführt wird, wie Belgien, Österreich, die Tschechoslowakei, befürchten für den Fall, wenn in Deutschland das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert wird, eine Offenstöße der Regierung und der Unternehmer gegen den Achtstundentag.

Der Beschäftigungsgrad war in den vergangenen Monaten in den verschiedenen Ländern sehr uneinheitlich. Die deutsche Wirtschaftskrise hat eine tragische Zuspitzung erfahren. Die Arbeitslosigkeit ist katastrophal angewachsen. Die Zahl der Vollarbeitslosen läßt sich ziffernmäßig nicht feststellen; im Juli wurde sie auf 600 000 geschätzt und im August hat sich die Lage noch verschärft. Die noch in Arbeit Gebliebenen wurden fast durchweg auf Kurzarbeit eingestellt. Die Erledigung des Londoner Abkommens soll durch Auslandsdarlehen und durch die Geldmittel der zu errichtenden Goldbank eine Erleichterung bringen. Für die Wiedererwerbung der Ausfuhrfähigkeit gibt die aktive Handelsbilanz im Monat Juli, wo es zum erstenmal in diesem Jahr einen Ausfuhrüberschuß gab und die bevorstehende Herabsetzung der Frachtraten einige Hoffnung auf Besserung. Auch hat sich in England die Zahl der Arbeitslosen in letzter Zeit erhöht. In Frankreich gab es im Monat Juli vorübergehend eine Arbeitslosigkeit, was in diesem Land, das hunderttausende fremder Arbeiter einführen muß, eine seltene Erscheinung ist. Sie wurde in den späteren Monaten wieder behoben. Die amerikanische Konjunktur war im August bereits besser, als in den früheren Monaten. Außerordentlich hoch ist die Arbeitslosigkeit in Rußland, Polen und Ungarn. Auch in Österreich ist die Zahl der Arbeitslosen Anfang September gestiegen. Es droht dort die Gefahr, daß die große Finanzkrise in eine offene Krise der Industrie umschlägt.

Die Unterstützung der Arbeitslosen wurde in Deutschland durch eine Verordnung erhöht. Dennoch bleiben die Sätze äußerst niedrig. Seit März besteht auch in Polen eine Arbeitslosenunterstützung. Dagegen wurde in der Schweiz und in der Tschechoslowakei die staatliche Arbeitslosenunterstützung abgebaut. Im letzten Land wurde sie den Gewerkschaften überwiesen, die dafür einen staatlichen Zuschuß erhalten. Die Unterstützung der Arbeitslosen in Rußland ist äußerst niedrig und beträgt nur einen Bruchteil der Löhne. In Ungarn gibt es überhaupt gar keine Arbeitslosenfürsorge.

In bezug auf die Lohnentwicklung sind in Deutschland die Tariflöhne im Juli und August dieselben geblieben und so stehen die Reallohne immer noch beträchtlich unter dem Vorkriegsstand. In Polen wurden die Löhne vielfach herabgesetzt, insbesondere in der ober-schlesischen Schwerindustrie. In England haben die Löhne immer noch eine steigende Richtung, die Erhöhungen müssen aber in der Regel mit scharfen Mitteln erkämpft werden.

Aus dem Gebiet der Sozialpolitik möchten wir folgendes hervorheben: In Frankreich wurde ein Wirtschaftsrat aufgestellt, dem nicht nur das Recht des Gutachtens, sondern auch das der Initiative zustehen wird; er kann seine Vorschläge auch direkt dem Parlament unterbreiten. — Große Beachtung verdient der auf Antrag der Sozialdemokraten erfolgte Beschluß des österreichischen Zollausschusses, demzufolge die Zölle auf Industrieprodukte um ein Drittel des Zollbetrages erhöht werden können, wenn der Einfuhrstaat die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag nicht ratifiziert hat und wenn die tatsächliche Regelung der Arbeitszeit in dem betreffenden Staat hinter den Bestimmungen der Washingtoner Konvention wesentlich zurückbleibt. Hier liegt ein höchst wichtiger Anfang des Kampfes gegen das soziale Dumping vor.

**Höchste der Erwerbslosenunterstützung.**

In Ergänzung der Mitteilung in Nummer 17 der „Verbandszeitung“ bringen wir heute zur besseren Uebersicht die Ziffern nach Wirtschaftsgebieten und Bevölkerungsgruppen geteilt. Es betragen die Höchsthöhe vom 11. August 1924 ab bis auf weiteres wochentäglich:

	In den Orten der Dreiklassen			
	A	B	C	D u. E
<b>Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)</b>				
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	90	84	78	72
b) unter 21 Jahren	54	50	46	42
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	80	75	70	65
b) unter 21 Jahren	48	44	40	36
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	30	28	26	24
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	22	21	20	19
<b>Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)</b>				
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	100	98	96	94
b) unter 21 Jahren	60	58	56	54
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	90	84	78	72
b) unter 21 Jahren	55	51	47	43
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	35	33	31	29
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	25	23	21	19
<b>Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)</b>				
1. Für männliche Personen:				
a) über 21 Jahre	110	102	94	86
b) unter 21 Jahren	65	62	58	54
2. Für weibliche Personen:				
a) über 21 Jahre	100	93	86	79
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48
3. Als Familienzuschläge für:				
a) den Ehegatten	38	35	32	29
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	27	25	23	21

Weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweislich Familienangehörige zu ernähren haben, erhalten die Höchsthöhe für Männer über 21 Jahre. Die Familienzuschläge dürfen das Anderthalbfache der Hauptunterstützung nicht übersteigen. Ferner darf die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Reinerwerb des vergleichbarer Arbeitergruppen nicht übersteigen. Die selbständigen Unterstühtungen, die mehrere in einem Haushalt lebende Familienangehörige erhalten, dürfen zusammen das Zweifelhafte der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied für seine Person zusteht.

**Erwerbslosenunterstützung an sogenannte Wertsbeurlaube.**

(§ 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.)  
In neuerer Zeit sind die Arbeitgeber in einer Reihe von Fällen dazu übergegangen, bei Betriebsstillegungen oder -einschränkungen die Arbeitnehmer nicht zu entlassen, sondern mit ihnen eine Beurlaubigung (Wertsbeurlaubigung) zu vereinbaren, um sie bei Besserung des Geschäftsganges sofort wieder beschäftigen zu können. Den Arbeitnehmern bleiben dadurch gewisse Vorteile erhalten, die sich aus unterbrochener Betriebszugehörigkeit ergeben (Urlaub, spätere Abfindungen, Wohnfahrtscheinrichtungen u. a.); auch tragen manche Arbeitgeber die sozialen Lasten (Krankenversicherungsbeiträge u. a.) weiter. Außerdem stellt das Gefühl des Zusammenhalts mit dem alten Betrieb für die Arbeitnehmer ein wichtiges psychologisches Moment dar. Es fragt sich, ob diesen Arbeitnehmern, obwohl das Arbeitsverhältnis formell nicht gelöst ist, Erwerbslosenunterstützung gewährt werden darf.

Der Begriff der Erwerbslosigkeit wird nicht zu eng ausgelegt werden dürfen. Voraussetzung der Fürsorge braucht nicht unbedingt eine förmliche Entlassung des Arbeitnehmers zu sein. Vielmehr genügt es, wenn das Beschäftigungsverhältnis tatsächlich beendet ist. Es ist auch ohne Belang, ob über die Aufrechterhaltung tariflicher Rechte und sonstiger Vergünstigungen oder über die weitere freiwillige Einrichtung sozialer Leistungen durch den Arbeitgeber Abreden getroffen sind. Unverzichtbar ist aber, daß der Arbeitgeber auf die Arbeitsleistung, der Arbeitnehmer auf das Arbeitsentgelt keinen Anspruch mehr hat. Die Legitimationspapiere braucht der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nicht bereits ausgehändigt zu haben, wohl aber muß er jederzeit dazu bereit sein. Auch Abmachungen über eine spätere Wiederaufnahme der Beschäftigung steht nichts im Wege. Entscheidendes Gewicht ist jedoch darauf zu legen, daß durch solche Abreden die Vermittlung des Arbeitnehmers in andere Arbeit nicht leidet; im Verhältnis zu dem öffentlichen Arbeitsnachweise muß er einem entlassenen Arbeitnehmer in jeder Beziehung gleichstehen. Insbesondere darf er angebotene Arbeit auch dann nicht ablehnen, wenn sich ihre Dauer voraussichtlich über den Zeitpunkt hinaus erstreckt, der in den Vereinbarungen mit dem alten Arbeitgeber als Zeitpunkt einer etwaigen Wiederaufnahme der Beschäftigung vorgesehen ist.

Unter diesen Voraussetzungen glaube ich gegen die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an besart beurlaubte Arbeitnehmer keine Einwendungen erheben zu sollen. Wichtiger ist dabei namentlich die Erwägung, daß die Wertsbeurlaubigung in den Gegenden, in denen sie sich eingebürgert hat, dazu beiträgt, daß den Betrieben ihre eingearbeiteten Arbeitskräfte und diesen ihre Arbeitsplätze auch in Zeiten schlechten Geschäftsganges nicht verloren gehen. Beide Wirkungen werden im allgemeinen nur als erwünscht angesehen werden können. Allerdings darf die Aufnahme Wertsbeurlaubter in die Erwerbslosenfürsorge nicht dazu

führen, daß der Arbeitgeber auf diese Weise Lasten, die er sonst selber tragen würde, auf die Fürsorge abwälzt. Unbedingt ist ferner darauf zu sehen, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise die Werksbeurlaubten bei der Vermittlung in andere Arbeit genau so wie förmlich entlassene Erwerbslose behandelt, d. h. weder wegen des gewissen Rückschlags, den die Werksbeurlaubten noch in ihren alten Betrieben haben, ihnen geringeres Interesse widmen, noch darauf Rücksicht nehmen, daß Werksbeurlaubte Arbeit bei einem neuen Arbeitgeber regelmäßig weniger gern übernehmen werden als förmlich entlassene Erwerbslose. (Rundschreiben des Arbeitsministers vom 8. August 1924 - X 7350/24 - an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge.)

Üebernahme der Schlichtung durch Schlichter. Verbindlichkeitserklärung.

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 27. Mai d. J. folgende Verordnung „an die Herren Schlichter“ erlassen: Die Handhabung der Vorschriften der Schlichtungsverordnung über die Üebernahme von Schlichtungsverfahren und die Verbindlichkeitserklärung durch die Schlichter entspricht nach den bisherigen Erfahrungen nicht immer den Grundzügen, die der Verordnung zugrunde liegen und vom Reichsarbeitsministerium vertreten werden.

Die Üebernahme von Schlichtungsverfahren durch die Schlichter muß sich nach Artikel 1 § 2 Abs. 2 der Schlichtungsverordnung auf Fälle beschränken, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind. Eine zu weite Ausdehnung des Begriffs des wichtigen Falles würde gegen den obersten Grundgedanken der Schlichtungsverordnung, daß für den Regelfall die Schlichtungs-ausschüsse die beruflichen Schlichtungsbehörden sind, verstoßen und der Bedeutung der Schlichtungs-ausschüsse und der Schlichter selbst schaden. Auch brächte sie, soweit die Verbindlichkeitserklärung von dem Reichsarbeitsministerium eine sachlich nicht gerechtfertigte Einschränkung. Ueber die Voraussetzungen der Verbindlichkeitserklärung habe ich mich in meinem Rundschreiben vom 30. Januar 1924 - IV A 656 - und in meinem Bescheid vom 3. März 1924 - IV A 1414 - veröffentlicht in Reichsarbeitsblatt 1924 Nr. 6 S. 107 und Nr. 7 S. 127 (Bescheid Nr. 37 und 47), des näheren geäußert. Die Durchführung der dargelegten Grundzüge darf nicht immer durch ein zu starkes Nachgeben gegenüber dem Drängen der Parteien in einzelnen Streitfälle erschüttert werden. Die Durchführung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen läßt nur dann den gewünschten Erfolg erwarten, wenn der staatliche Zwang eine seltene Ausnahme bildet. Auch die Parteien des Wirtschaftslebens müssen sich daran gewöhnen, sie als solche zu betrachten. Statt dessen ist es nach meinen Erfahrungen heinzuvertragen, falls eine Partei einen Schiedsspruch ablehnt, und zwar auch in Fällen, in denen die Parteien selbst wohl nicht annehmen können, daß ein öffentliches Interesse diesen staatlichen Zwangseingriff notwendig mache.

Ich bitte deshalb bei der Üebernahme von Schlichtungsverfahren und bei der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen die Voraussetzungen für diese beiden Maßnahmen mit noch größerer Genauigkeit als bisher zu prüfen. Dr. Brauns.

Nicht die örtlichen Lohnverhältnisse sind entscheidend.

Mit der Firma Blange, Weizenmühle in Soest, konnte eine Einigung in der Lohnfrage nicht erzielt werden, weil die Firma jede Lohnerhöhung ablehnte. Der Schlichtungsausschuss hat am 11. August den Arbeitern der Firma Blange durch einstimmigen Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von 10 Proz. zu mit Wirkung von der laufenden Woche ab. Der Schlichtungsausschuss stellte sich auf den Standpunkt, daß nicht das örtliche Lohnniveau in Soest maßgebend sei, sondern das allgemeine Lohnniveau im Mühlengewerbe in Deutschland. Die Firma Blange lehnte auch den Schiedsspruch ab. Der zuständige Bezirksleiter beantragte bei dem Schlichter des Bezirks Westfalen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches unter Hinweis auf die niedrigen Löhne bei der Firma Blange gegenüber den Konkurrenzbetrieben in der engeren und weiteren Umgebung und die hieraus entstehenden Gefahren für die übrigen Mühlengewerbebetriebe und Arbeiter. Der Schlichter sprach die Allgemeinverbindlichkeit aus und machte sich den Standpunkt des Schlichtungsausschusses zu eigen.

Rundschau.

Wom Hübner.

Am 13. August ist Kollege Hübner, internationaler Sekretär-Schweizer des amerikanischen Getränke- und Wägenarbeiterverbandes (früher Brauereiarbeiterverband) gestorben.

In Antwerpen am 26. Juni 1875 geboren, wirkte er seit 1. Januar 1905 an dieser Stelle und, wie nicht erst gesagt zu werden braucht, auch schon lange vorher für den amerikanischen Bräuerverband. Ein schweres Halsleiden, das letzter Zeit mit zunehmendem Lohndruck den Kollegen von aus seinem Wirkungskreis gerissen.

Für unsere Organisation liegt besonderer Anlaß vor, das Verstorbenen ehrend zu gedenken, als Repräsentant der amerikanischen Bräuerorganisation, mit der wir seit 1895 eine organisierte und solidarische Verbindung geknüpft und unterhalten haben. In der gegenseitigen Freundschaft und Unterstützung der deutschen mit der amerikanischen Brauereiarbeiterorganisation waren beide die ersten auf diesem Gebiete, und diese Verbindung wurde bis auf den heutigen Tag aufrechterhalten und hat besonders vielen unserer Mitglieder, die nach Nordamerika hinüberwechselten, außerordentlich viel genützt.

Im Jahre 1912 war Kollege Hübner als Vertreter des amerikanischen Bräuerverbandes auf unserem Reichstages in Rannheim anwesend, dort wurde die inter-

nationale Verbindung auf breitere Grundlage gestellt und hierfür Schenkungen geschaffen. Im Anschluß daran hielt Kollege Hübner Beiträge in den Hauptorten der Länder deutscher Zunge mit dem Ziel, die internationale Verbindung zu fördern und zu festigen.

Den amerikanischen Kollegen, die Kollegen Hübner als pflichttreuen Beamten schätzen, und dem Bräuerverband auf diesem Wege unser herzlichstes Beileid. Das Andenken des Verstorbenen werden wir in Ehren halten.

Zahl der Mühlen mit zehn und mehr Arbeitern. Zu unserem in voriger Nummer veröffentlichten Verzeichnis bemerkt uns Kollege Thauer-Magdeburg, daß darin fehlen: Magdeburg 2, Frohe 1, Osterleben 1, Quedlinburg 2, Burg 1, Stendal 1, Osterburg 1, Idenhain 1, Gardelegen 1, Salzwedel 1. Die von uns veröffentlichte Liste war einer vom Reichsarbeitsamt veröffentlichten graphischen Darstellung entnommen. Wenn diese Liste auch für andere Bezirke nicht vollständig sein sollte, so bitten wir um Ergänzung derselben.

Arbeitslose und kurzarbeitende Verbandsmitglieder im Juli 1924. Von den 66 000 Mitgliedern im Juli ist über 63 000 berichtet. Arbeitslos waren von je 100 Mitgliedern: männliche 2,4, weibliche 5,5, zusammen 2,6. Von den Kurzarbeitern entfallen auf 100 Mitglieder: männliche 1,0, weibliche 1,2, zusammen 1,0.

Gewerkschaftsbeiträge. Der Fabrik- und Transportarbeiterverband (christlich) erhebt außer dem regelmäßigen Beitrag einen monatlichen Kampffondsbeitrag von 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“, Berlin O. 27, Schilderstraße 6 IV. Fernsprecher: Amt Königsplatz 275.

38. Beitragswoche vom 14. bis 20. September. 39. Beitragswoche vom 21. bis 27. September.

Auszahlung von Reiseunterstützung.

Unter „Verbandsnachrichten“ in Nr. 18 der „Verbands-Zeitung“ veröffentlichten wir eine Anzahl Ortsvereine, die auf Grund des vom Verbandsvorstand ausgestellten Reiseunterstützungsscheines berechtigt sind, Reiseunterstützung auszusprechen.

Nachstehend bringen wir dieselben noch einmal mit einigen Ortsvereinen ergänzt und weisen wir erneut darauf hin, daß nur die genannten Ortsvereine Reiseunterstützung auszahlen dürfen. Alle sonstigen, hier nicht aufgeführten Ortsvereine dürfen solche Unterstützung nicht auszahlen:

- Bezirk Königsberg i. Pr.: Königsberg.
Bezirk Breslau: Breslau, Görlitz, Waldenburg.
Bezirk Stettin: Greifswald, Rostin, Stettin.
Bezirk Berlin: Berlin, Brandenburg, Frankfurt a. d. O., Guben, Landsberg a. d. W.
Bezirk Hamburg: Hamburg, Lübeck, Oldenburg, Schwerin.
Bezirk Kiel: Fensburg, Kiel.
Bezirk Bremen: Bremen.
Bezirk Hannover: Göttingen, Hannover, Uelzen.
Bezirk Braunschweig: Braunschweig.
Bezirk Magdeburg: Halberstadt, Magdeburg, Stendal, Wittenberge.
Bezirk Halle a. d. S.: Halle a. d. S.
Bezirk Leipzig: Altenburg, Dessau, Gera, Leipzig, Naun i. B.
Bezirk Chemnitz: Chemnitz, Zwickau.
Bezirk Dresden: Dresden, Riesa.
Bezirk Erfurt: Eisenach, Erfurt, Meiningen, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Rudolstadt, Sonneberg.
Bezirk Kulmbach: Kulmbach.
Bezirk Regensburg: Bayreuth, Hof, Landshut, Regensburg.
Bezirk Nürnberg: Nürnberg.
Bezirk Würzburg: Würzburg.
Bezirk München: München.
Bezirk Augsburg: Augsburg.
Bezirk Ulm: Gmünd, Rempten, Lindau, Radolfzell, Schwemzingen a. N., Ulm.
Bezirk Stuttgart: Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart.
Bezirk Karlsruhe: Karlsruhe.
Bezirk Oberbaden: Freiburg i. B.
Bezirk Saarbrücken: Saarbrücken.
Bezirk Mannheim: Heidelberg, Mannheim, Neustadt a. d. Haardt.
Bezirk Frankfurt a. M.: Darmstadt, Frankfurt a. M.
Bezirk Mainz: Mainz, Worms.
Bezirk Rheinland-Westfalen: Bielefeld, Bochum, Cassel, Coblenz, Köln, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Minden, Münster, Trier.

Gefundene Papiere.

In Dresden wurden Verbandsbuch und Kopiere des Kollegen August Dujera, eingek. in Nürnberg-Fürth, gefunden und an die Hauptverwaltung abgeliefert.

Geschmigte Totalbeiträge.

Brandenburg 10 Pf. Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse.

Vom 1. bis 13. September. (Vorsichtsprüfung der Hauptkasse: Berlin 12 079 Brauerei- und Mühlengewerbe G. m. b. H. Berlin D. 27.)

- Sprengberg 1, Chemnitz 1200, Coblenz 100, Kronach 100, Barmen 13, Cham i. B. 3,55, Hannover 80, Augsburg 5, Gera 300, Jena 200, Stuttgart 1223,50, Magdeburg 265,50, Köln 9,70, Duisburg 429,02, Garmisch 300, Regensburg 500, Mannheim 11,20, Balingen 100, Sonneberg 97,50, Waldshut 62,10, Hanau 15,80, Königsberg i. Pr. 150, Köln 1000, Garmisch 22,40, Köln 1358,52, Hildesheim 11,95, Glatz 100, Girschberg 15, Leipzig 21, Mühlhausen 100, Osterburg 50, Rostin 50, Straubing 100, Saren 90, Bernsdorfer 70, Jena 100, Kiel 5,25, Danzig 127,02, Lübeck 1,50, Berlin 233,35, Halle 400, Arnstadt 100, Bremerhaven

- 140, Calbe 41, Cassel 400, Coblenz 1010,12, Erfurt 200, Grimma 100, Rempten 249,42, Lindau 33, u. 136, Mannheim 450, München 15,90, Paderborn 60, Wismars 60, Witten 4,50, Eisenach 24,20, Seidmühle 126,25, Wodum 1242,46, u. 470, Eisenach 300, Elbing 100, Garmisch 100, 158,85, Magdeburg 2,10, Meiningen 220, Osterleben 100, Ulm 5,30, Goyth 7,30, Eisenach 1, Berlin 1000, Bremen 1000, Witten 50, Mannheim 600, Delz 32,23, Orlitzburg 10, Stuttgart 981,05, Aschaffenburg 150, Völsfeld 507,80, Erlangen 340, Jena 40, München 1000, Münster 16,50, Regensburg 5,10, Chemnitz 7,40, Wittenberg 250, Landsbut 100, Leipzig 600, Augsburg 6,90, Halle 100, Gera 200, Passau 100, Weisbach 58,35, Mühlbach 50, Bamberg 280, Kallenberg O. Schlef. 50, Katow 34, Glatz 15, Gölitz 220, Grünstadt 74,80, Sameln 110,50, Rauterbach 133,12, Osterode 30, Schleibitz 70, Schönbach 100, Wittenberge 50, Danzig 25, Berlin 100, Essen 287,73, Berlin 61,10, Coblenz 558,53, Berlin 641,05, Arnstadt 100, Dortmund 177,80 u. 350, Dresden 400, Simeburg 120, Merseburg 1,80, Neustadt a. d. S. 50, Oldenburg 250, Reichenbach i. Schl. 70, Solingen 612,38, Uelzen 75, Witten 300, Dortmund 5,60, Wodum 9,50, Neu-Brandenburg 120, Mühlhausen 70, Ulm 45,30, Düsseldorf 6,40, Waren 376,40, Berlin 146,75 u. 291,05, Freyburg 14, Radolfzell 200, Veltin 20, Cham 8,55, Gindenburg 300,

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Brandenburg. Alle Zuschriften und Sendungen an den Vorsitzenden H. Thiede, Mühlbach, Ries Nr. 19.
Eisenach. G. Thiede, Dorf, u. Raff. 19, Baumgarten.
Garmisch. Raff. Clemens Gotschick, G. Ritscher, 15.
Halle. Raff. Alth. Cornelius, Danzigerstr. 4.
Schleibitz. Dorf, H. Steinert, Neukere Ritscher, 15.
Ulm. Dorf, Fr. Wolbert, Söllinger Straße 212.

Verammlungsanzeigen

Samstag, 21. September.
Notfallankter. Vorm. 11 Uhr Vertrauensmännerversammlung, 12 Uhr Verammlung. Referent: Schrambs. Verbandsbücher und alle Marken mitbringen.

Nachruf. Es starben die Kollegen Richard Schnell, Brauer, im Alter von 78 Jahren, Karl Kupfernagel, Gefährtsführer, im Alter von 68 J. an Gehirnschlag auf der Louv. Wir werden ihnen ein dauerndes Andenken bewahren. Ortsverein Zwickau.

Nachruf. Im Monat August starben unsere Kollegen von der Aktienmühle Josef Gagne, Unterwiesenthal, nach kurzem schweren Leiden im Alter von 44 Jahren, und Josef Zellner, Hilfsarbeiter, nach langem schweren Leiden im Alter von 69 Jahren. Ehre ihrem Andenken. Ortsverein Rosenheim.

Nachruf. Es starben unsere langjährigen Mitglieder Max Bösch, Brauer, Selbständigen-Brauerei, Fris. Zahn, Kellerarbeiter, Niederlage. Wir werden ihnen ein dauerndes Andenken bewahren. Ortsverein Chemnitz.

Der Kollege Hermann Kunds, Geiger, wurde uns durch Unglücksfall im Alter von 54 Jahren entzogen. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm. Die Zahlstelle Merseburg.

Unseren Kollegen Josef Lehner und Julius Brent nicht Frauen zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Saarbrücken.

Unseren Kollegen August Wenzler und Franz Zimmermann nicht Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsverein Malsleben a. d. Saale

Unseren Kollegen Hans Schitt und Robert Herbig zu ihrem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der S. G. Thal-Brauerei, Niederwieschen.

Unserem Kollegen Karl Wüchner und seiner lieben Frau nachträglich zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Lindau u. Umgeb.

Unserem Kollegen, dem Elektromonteur Otto Fick und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Zahlstelle Mügenwalde i. Pommeren.

Unserem Geschäftsführer der Zahlstelle, Kollegen Moshammer nicht seiner lieben Frau Maria, zur Verehelichung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Augsburg.

Unseren Kollegen Johann Franz und Johann Eickauer nicht ihren lieben Frauen die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeitfeier. Die Verbandskollegen und Kollegen der Paulaner-Brauerei, München.

„Ideal-2-Schnallenholzschuh“
unbedeckt 7,50 Mk.
besohlt 9,- Mk.
Meine Aufgabe ist, jedem Kollegen aufrederzustellen. H. Schärer, Hanau, Schirnstr. 5.

Liefere wieder Galoschen, 2-Schnallen-Brauerschuhe, Schnürschuhe und Schaffstiefel mit Holzsohlen in allel u. reell. Marc. Kreis, portofrei. JOHANN DOHM, Kiel, Michelsenstr. 12.

HELLOPP 1924!
„Wasserfest“ (prima Kautschukleder),
Fersen- u. Soden-schoner, sowie
Kloßhaarschalen
liefern zu bedeutend herab-gesetz. Prell. nur
Josef Urban, Cham i. Bay.

Brauerschuhe
aus Kautschukleder,
wasserfest, extra
starke Holzsohlen.
Paar 6,50 Mk. Best. d. Nachnahme.
Sodenschnur billigst.
Feilreiter, München, Lederstr. 5/II.

Brauerholzschuhe
aus la la Kautschuk, jedes Quantum
lieferbar.
Holzschuh- und Galoschenfabrik
Carl Vant, Düsseldorf 48,
Baafstr. 48.

Brauerische, Galoschen, Holzpantinen,
aus la Kautschuk, liefert gut und billig
Holzschuhfabrik J. Giese, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 11
am Fernamplatz. - Telephon: Neukölln 9323.

Spezialschuh für Brauer
Unübertroffen.
Garantiert wasserfest. Schwarzes
oder braunes Kautschukleder und
Doppelsohlen. Paar 7,50 Mk.
Verlangen Sie Preisliste.

G. Armin Schlenzig, Eisenberg i. Thür.

Billige
Schmiedern
1 Also ganz geschliffene
G. M. 2,50; halbweiche
G. M. 3,-; weiche G.
M. 4,-; bessere G. M. 5,-; dauerndweiche G.
M. 6,-; 7,-, 8,-, 9,-; helle Sorte G. M. 10,-
und 12,-; weiche ungeschliffene Kupfschmiedern G. M.
7,-, 9,50, 11,- Versand franco, Zollfrei, gegen
Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme
gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.